PB.S-01-499

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 499 bis 502 einfügen:
Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassender medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz

Von Zeile 504 bis 509 einfügen:
organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo Menschen anrufen, sondern sie immer nach eine standardisierten Notrufabfrage die passende Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion in Beratung und telemedizinischer Behandlung übernehmen. Insbesondere sollen die Leitstellen die Steuerung der Hausbesuche des ärztlichen Bereitschaftsdienstes, des Krankentransportes und der Rettungseinsätze sowie den Einbezug spezieller Angebote wie z. B. der Notpflege, psychiatrischer Notfallhilfe oder Palliative-Care-Teams gemeinsam sicherstellen. An zentralen Klinikstandorten soll in weiterentwickelten Notfallzentren unter anderem durch gemeinsame Tresen eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen. Auch wollen wir, dass Notaufnahmen diese Notfallzentren gerade nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärztinnen und Hausärzte so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut ambulant versorgt werden können. Durch konsequente, einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare

Begründung

Die Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgungsmöglichkeiten ist ein Kernstück der dringend notwendigen und viel zu lange verzögerten Reform der Notfallversorgung. Auch eine entsprechende Fortentwicklung des Einsatzes von Notrufleitstellen ist für die Versorgung von Menschen, die Hilfe benötigen, von zentraler Bedeutung. Beides sollte darum im Grünen Wahlprogramm aufgegriffen werden.

weitere Antragsteller*innen

David Herr (KV Berlin-Kreisfrei); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Martin van Elten (KV Jena); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Jan Otto (KV Freiburg); Jens Kolodziejczak (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Pia Otto (KV Freiburg); Marleen Maier (Hannover RV); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Marret Bohn (KV Rendsburg-Eckernförde); Jan Benedikt Brönneke (KV Berlin-Mitte); Sabine Deitschun (KV Berlin-Kreisfrei); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Nadja Weippert (KV Harburg-Land); Eike Heinicke (KV Kaiserslautern); Krystyna

Grendus (KV Odenwald-Kraichgau); Helene Michler (KV Berlin-Mitte); Frank Niggemeier (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Beate Kern (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Pascal Nohl-Deryk (KV Heidelberg); Anna Hertzog (KV Hamburg-Wandsbek)